



KOMMENTAR

Polizei – Dein Feind und Sparschwein? – oder rot/grüne Realitätsbewältigung

Wer in den letzten Wochen die Landesparteitage von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD beobachtete, der konnte sich nur verwundert die Augen reiben. Innere Sicherheit? Sorry, was ist das? Zu geringe Polizeipräsenz, wo? Die Angst der Menschen, Opfer von Einbrechern zu werden, doch nicht bei uns! Aktuelle Tagesthemen aus dem Politikfeld Innere Sicherheit fehlten dort völlig.

Auch Gewalt gegen Polizeibeamte spielte für rot/grüne Delegierte keine Rolle. Statt sich den Sorgen und Nöten der Menschen in unserem Land zuzuwenden oder Polizistinnen und Polizisten vor der ständig zunehmenden und ausufernden Gewalt zu schützen, wurden diese sogar kriminalisiert.

Die Opfer wurden quasi per Parteitagebeschlüssen zu Tätern.

„Richtungsweisende“ (!) Beschlüsse, wie z. B. das Verbot von Dienststunden bei geschlossenen Einsätzen oder die Einführung der Kennzeichnungspflicht beschäftigten die Delegierten. Statt sich vor dem Hintergrund aktueller Ereignisse mit der Bekämpfung des

Terrorismus zu beschäftigen, soll den Strafverfolgungsbehörden auch weiterhin die Vorratsdatenspeicherung vorenthalten werden.

Wenn man bedenkt, dass der ein oder andere Beschluss den wechselseitigen Jubel fand, kann man schon auf kommende Koalitionen gespannt sein.

Was eine rot-rote Landesregierung mit ihrem sogenannten Personalentwicklungskonzept angerichtet hat, dürfte inzwischen jede Kollegin und jeder Kollege am eigenen Leib verspüren.

Aber auch diese Probleme wurden ausgespart. Beförderungsstau, Überal-



GdP-Landesvorsitzender **Christian Schumacher**

terung der Polizei und fehlende Attraktivität des Polizeiberufs – keine verspätete Entschuldigung für die angerichteten Schäden.

Rot/grüne Problemlösung durch Ignorieren und Wegsehen.

Schon einmal geübt für 2016 ff.?

Christian Schumacher



KENNZEICHNUNGSPFLICHT

SPD in MV für die Kennzeichnung von Polizisten

Die SPD Mecklenburg-Vorpommern hat sich zu Fragen der inneren Sicherheit und der Bürgerrechte positioniert und damit vom Koalitionspartner CDU abgegrenzt. Auf dem Landesparteitag am 26. April 2015 in Gägelow bei Wismar stimmten die rund 90 Delegierten einem Antrag des Parteivorstandes mit großer Mehrheit zu, der die Sicherung von Bürgerrechten zum Ziel hat. Dieser sieht unter anderem vor, dass Polizisten im Einsatz künftig zur besseren Identifizierbarkeit mit einer Nummer gekennzeichnet werden.

Der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion,
Michael Silkeit

zeigte sich enttäuscht über den Antrag der SPD auf Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte: „Ich bin sehr verwundert über die Grundhaltung der SPD gegenüber

den Polizisten und Polizistinnen in unserem Land, die aus diesem Antrag spricht. Bereits heute steht es den Beamten frei, im täglichen Streifendienst Namensschilder zu tragen. Viele Beamte machen davon Gebrauch. In geschlossenen Einsätzen, die zwangsläufig mit einem höheren Gewalt- und Gefährdungspotenzial für die Beamten einhergehen, müssen wir die Beamten

jedoch schützen. Mit einer Kennzeichnungspflicht geben wir extremistischen und gewaltbereiten Personen die Möglichkeit, die Beamten selbst zu identifizieren. Auch deren Familien würden wir damit einer nicht kalkulierbaren Gefahr aussetzen. Die Einführung der Kennzeichnungspflicht ist auch gar

Fortsetzung auf Seite 2



KENNZEICHNUNGSPFLICHT

Fortsetzung von Seite 1

nicht notwendig. Es hat bisher in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht eine Anzeige gegen Polizisten gegeben, die mangels Identifizierbarkeit des Beamten eingestellt werden musste. Die Diskussion darüber ist also eine reine Phantomdebatte. Das Problem existiert einfach nicht. Das grundsätzliche Misstrauen und der Generalverdacht, dem die Polizisten und Polizistinnen unseres Landes durch diesen

Antrag ausgesetzt sind, sind das völlig falsche Signal“, so Michael Silkeit abschließend.

Der innenpolitische Sprecher der Grünen, Johannes Saalfeld

Koalitionsvertrag offensichtlich schlecht verhandelt (16. April 2015) – „Die SPD will auf ihrem Parteitag eine ganze Reihe von langjährigen Forderungen der Grünen beschließen, darunter auch die polizeiliche Kennzeichnungspflicht. Das freut mich natürlich. Allerdings wird spätestens jetzt deutlich, dass der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU offensichtlich so schlecht verhandelt wurde, dass nun die sozialdemokratische Parteibasis Druck auf die Koalitionsfraktionen ausüben will“, so der innenpolitische Sprecher der Grünen, Johannes Saalfeld. „Es ist leider davon auszugehen, dass der Stillstand in der Koalition trotz ambitionierter Parteitagsbeschlüsse bis zur

Landtagswahl 2016 andauern wird. Ich fordere daher die Landtagsfraktion der SPD auf, nun wenigstens häufiger Anträge der Opposition in die Ausschüsse zur weiteren Diskussion und Beratung zu überweisen, wenn sie schon wegen ihres Koalitionspartners nicht gleich zustimmen kann“, so Saalfeld.

„Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unseres Bundeslandes sind sehr gut ausgebildet. Sie handeln professionell und rechtsstaatlich und genießen daher auch das Vertrauen der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten müssen jedoch akzeptieren, dass im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat jeder, der von einer polizeilichen Maßnahme betroffen ist, grundsätzlich einen Anspruch darauf hat zu wissen, wer in seine Rechte eingreift. Deswegen ist die Einführung der numerischen Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte überfällig“, so Saalfeld abschließend.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe Juli 2015 DEUTSCHE POLIZEI, Landesjournal M-V, ist der 4. 6. 2015. Die Redaktion behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Leserzuschriften vor. Dieser Inhalt muss nicht in jedem Fall mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Garantie übernommen. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

DER LANDESVORSTAND

Die Polizei ist zu stärken und zu schützen!

„Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hält die jüngsten sicherheitspolitischen Parteitagsbeschlüsse der SPD für höchst bedenklich. Für Christian Schumacher, Landesvorsitzender der GdP, kommen die Beschlüsse einem sicherheitspolitischen Schlingerkurs gefährlich nahe. „Statt Polizistinnen und Polizisten vor der zunehmenden Gewalt zu schützen, wird ihnen eine Zwangskennzeichnung verordnet. Zugleich sollen der Polizei wirksame Mittel, wie z. B. die Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung der ausufernden Internetkriminalität, vorenthalten werden oder es werden gar dem linksextremen Spektrum zuzuordnende Gruppierungen verharmlost.“

Der Gewerkschaft der Polizei ist nicht ein Fall in Deutschland aus den letzten Jahren bekannt, in dem ein Polizist, dem ein Vergehen im Amt vorgehalten worden sei, nicht habe ermittelt werden können.

Statt sich den Sorgen und Nöten der Menschen zu stellen, werden mit der Kennzeichnungspflicht Polizistinnen und Polizisten zu Tätern gemacht.

„Ob die bei Demonstrationen eingesetzten Polizeibeamten irgendwelche Nummern zusätzlich tragen, ist den rechtschaffenen Bürgern unseres Landes egal. Wenn sich meine Kolleginnen und Kollegen mit den Menschen unterhalten, hören sie andere Sorgen

und Probleme“, so Schumacher weiter.

Zu geringe Polizeipräsenz, die Angst das Opfer von Einbrechern zu werden, fehlende Unterstützung der Opfer von Straftaten ... DAS sind Themen, die unsere Bevölkerung bei der inneren Sicherheit bewegen. Darauf hätte die Regierungspartei SPD auf ihrem Landesparteitag am letzten Wochenende Antworten finden können.

Die Sicherheitsbehörden genießen ein hohes Vertrauen bei der Landesbevölkerung. Ich fordere die SPD auf, die Polizei zu stärken und zu schützen, und kein Misstrauen gegen sie zu säen.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle:
Platz der Jugend 6
19053 Schwerin
Telefon: (0385) 20 84 18-10
Telefax: (0385) 20 84 18-11

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur
für das Landesjournal
Mecklenburg-Vorpommern
Marco Bialecki
Telefon: (03 85) 20 84 18-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. oben)

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 37
vom 1. Januar 2015
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2798



KREISGRUPPE LBPA/LPBK MECKLENBURG-VORPOMMERN

Herr Caffier, lassen Sie es nicht zu, dass Beförderungen weiter blockiert werden!!!

Es ist ein ganz normaler Vorgang wie nach jeder Regelbeurteilungsrunde. Die Beurteilungen werden erstellt, und unmittelbar danach werden die möglichen Beförderungsauswahlverfahren durchgeführt und unsere Kolleginnen und Kollegen werden, soweit möglich, in das nächsthöhere Amt befördert.

So auch geschehen im Landesbereitschaftspolizeiamt M-V (LBPA M-V) im Rahmen der Dienstversammlung Ende Dezember 2014. Zu Recht konnten alle Beteiligten im LBPA M-V stolz darauf sein, die Beurteilungs- und Beförderungsrunde so zeitnah abgeschlossen zu haben. Leider nur nicht die möglichen Beförderungen zur Polizeihauptmeisterin/ zum Polizeihauptmeister. Und es klemmt nicht im LBPA M-V, sondern im Ministerium für Inneres und Sport. Dorthin sind nämlich Polizeivollzugsbeamte abgeordnet, und das LBPA M-V wartet auf die notwendigen Zuarbeiten für die Regelbeurteilung ... und wartet ... und wartet!!!

Da mehrmalige Gespräche auf „Arbeitsebene“ mit dem Abteilungsleiter Polizei und dem Personalreferat nicht fruchteten, habe ich als Vorsitzender der Kreisgruppe unserer Gewerkschaft der Polizei den Innenminister am 8. April 2015 mit der Bitte um Unterstützung angeschrieben.

Es ist den betroffenen fünf Mitarbeitern im LBPA M-V nicht zu vermitteln, das sie wegen der schleppenden Bearbeitung der Beurteilungsangelegenheit im Ministerium für Inneres und Sport bereits seit mehr als sechs Monate auf ihre Beförderung warten müssen.

Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei erwartet eine unverzügliche abschließende Bearbeitung.

**Jörn Liebig,
Vorsitzender der Kreisgruppe
der Gewerkschaft der Polizei**



Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale de Syndicats de Police

Ministerium für Inneres und Sport
Herrn Innenminister
Lorenz Caffier

Kreisgruppe Landesbereitschaftspolizeiamt
M-V/LPBK M-V

Hagenower Str.71 a
19061 Schwerin
Telefon: 0385 / 588 2099

-im Hause -

Schwerin, 08.04.2015

Sehr geehrter Herr Caffier,

als Vorsitzender der Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei im Landesbereitschaftspolizeiamt M-V/ LPBK M-V wende ich mich heute an Sie mit der Bitte um Unterstützung.

In der Sache geht es um Beförderungsauswahlverfahren im Landesbereitschaftspolizeiamt M-V (LBPA M-V).

LANDESVORSTAND

Blitzmarathon ohne nachhaltige Wirkung

„Eine dauerhafte polizeiliche Präsenz schafft mehr Verkehrssicherheit als ein Blitzmarathon“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Christian Schumacher, am 16. April 2015 in Schwerin.

Rücksichtslose Raser bringen oft genug großes Leid über die Opfer von Verkehrsunfällen und deren Familien. Deshalb ist es wichtig, Rasern klar zu machen, dass sie durch das Fahren mit unverhältnismäßig hoher Geschwindigkeit nicht nur sich selbst, sondern vor allem andere massiv gefährden.

Der seit Jahren stattfindende Personalabbau in Polizei hat aber auch Auswirkungen auf die verkehrspoli-

zeiliche Arbeit. Der Blitzmarathon kann die traurige Wahrheit des Personalmangels bei der Verkehrspolizei nicht kaschieren. Der polizeiliche Verkehrsüberwachungsdruck nimmt ab.

„Wer sowieso meist schneller fährt als erlaubt, wird das wahrscheinlich auch nach dem Blitzmarathon tun. Und er hat gute Chancen, dabei nicht erwischt zu werden“, so Schumacher.



Mirokesen – Wo lebten sie?

Es ist der 2. Mai 2015. Bereits im Morgengrauen begann der Tag, sich herauszuputzen, um dann am Nachmittag in seiner ganzen Schönheit zu erstrahlen. An diesem Nachmittag kamen aus allen Richtungen die Senioren der GdP-Kreisgruppe Neubrandenburg mit ihren Partnern zu einem Fleckchen Erde, welches von den Slawen „Ort des Friedens“ genannt wurde.

Ursprünglich war dies eine Halbinsel in einem mecklenburgischen See. Anfang des 13. Jahrhunderts wurde dieses Stück Erde von den Johannitern in Besitz genommen. Sie errichteten hier eine Komturei und begannen 1350 mit dem Bau der Johanniterkirche. Im Laufe der Zeit wurden verschiedene Bauwerke hier errichtet und auch wieder abgetragen, die Kirche blieb stehen. Inzwischen war dieses Fleckchen Erde in den Besitz der Herzöge von Mecklenburg übergegangen, und aus der Halbinsel war eine wehrhafte Insel geworden. Die Johanniterkirche wurde die Grablage des neuen herzoglichen Hauses und die Insel nun zum Witwensitz bestimmt. Im Jahre 1708 zog die Herzoginwitwe Christiane Emilie Antonie mit ihren Kindern hierhin. Aus diesem Familienzweig gingen viele berühmte Persönlichkeiten hervor. Zum Beispiel eine Königin von Eng-

land, der Vater von Königin Luise von Preußen und noch andere. Den scherzhaften Namen „die Mirokesen“ erhielten sie von Friedrich dem Großen.

Als nun die 25 Senioren und 17 Partner sich diesem Ort näherten, hörten sie aus der Ferne bereits laute Stimmen. Nach dem Überqueren einer Brücke und dann durch ein Renaissancetorhaus lag nun die gesamte Anlage vor einem. Auch den Grund für den Lärm erfuhr man nun. Eine Kolonie Krähen hatte ihre Nester in den Bäumen bei der Johanniterkirche errichtet und begrüßten die Gäste lautstark. Vor dem Schloss auf dieser Insel trafen sich nun alle und es war ein großes „Hallo“ und „wie geht's?“. Als alle anwesend waren, ging es dann zur Schlossbesichtigung. Im Schloss erfuhr man dann viel Interessantes zur Geschichte der Insel und zum herzoglichen Haus. Natürlich auch zu den

einzelnen Zimmereinrichtungen und deren Bedeutung. Nach der Führung durch das Schloss bestand noch die Möglichkeit, die Johanniterkirche mit der Grabkammer zu besichtigen und auch den Turm der Kirche zu besteigen. Wer noch mehr sehen wollte, konnte das Kavaliershäuschen anschauen und einen ausgedehnten Spaziergang durch den Schlossgarten und das gesamte Gelände unternehmen.

Wer nun wissen will, wo und wie die Mirokesen lebten, der muss sich zur Schlossinsel Mirow begeben. Es ist jedenfalls einen Ausflug wert.

Nach der Schlossbesichtigung trafen wir uns im Strandhotel und tauschten hier Erinnerungen und Erlebnisse aus. Bei Kaffee und Kuchen ließen alle den erlebnisreichen Nachmittag ausklingen.

Horst Schuldt

BETREUUNGSEINSÄTZE

GdP-Betreuungseinsatz in Neubrandenburg und Demmin

Anlässlich der Versammlungen in Neubrandenburg (1. Mai 2015) und in Demmin (8. Mai 2015) war unsere GdP wieder mit ihrem (neuen) Mitgliederbetreuungsmobil unterwegs, um die zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus dem Land bei diesen Polizeieinsätzen zu unterstützen. Unsere GdP-Betreuungsteams kamen aus den Kreisgruppen LBPA/LPBK M-V, Wismar, Anklam und selbstverständlich aus der Kreisgruppe Neubrandenburg. Mit dabei war auch der Landesvorsitzende Christian Schumacher.



FORTBILDUNG

Tarifseminar in Cambs

Vom 28. bis zum 30. April 2015 fand wieder einmal in Cambs das von den Tarifbeschäftigten der Landespolizei M-V sehr gefragte und beliebte Tarifseminar statt.

Von den Themen über die durchgeführte Tarifrunde 2015, mit den Fragen: „Wie setzt sich das Tarifergebnis zusammen“ und „Wie ist was zu verstehen?“ bis hin zur Entgeltumwandlung.

Weiter wurde das Urlaubsrecht behandelt – der § 26 TV-L – mit den aktuellen Rechtsprechungen, den Neuregelungen im Urlaubsrecht und wie man zum Beispiel die tatsächlichen Urlaubstage berechnet

Sehr positiv ist zu bewerten, dass der HPR-Vorsitzende der Landespolizei, Heinz Woisin, unser Seminar mit den aktuellen Informationen über die Personalratsarbeit sowie über das BEM, die Umsetzung der Dienstvereinbarung in den Dienststellen, über die Erarbeitung einer Dienstvereinbarung zum Jahresarbeitszeitkonto und andere Informationen, die in eine rege Diskussion führten, bereichert hat.

Gern gesehene Gäste

Die Besuche durch den HPR-Vorsitzenden und unseren Landesvorsitzenden Christian Schumacher sind bei uns immer gern gesehen! Das zeigt uns, dass auch die Interessen unserer Tarifbeschäftigten ernst genommen werden!

Mit der Thematik Regelungen zur Arbeitszeit im öffentlichen Dienst und deren Anwendung führten wir nach dem Besuch unser Seminar fort.

Wir beschäftigten uns mit dem Arbeitszeitgesetz, dem TV-Länder und den Dienstvereinbarungen zum Thema „Arbeitszeit“, auch mit der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit und den Begriffen und Formen wie Bereitschaftsdienst, Rufbereitschaft, Wechselschicht und Schichtarbeit. Fragen wie „Welche Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz sind erlaubt“ und „Kann der Personalrat bei der Gestaltung der Arbeitszeit mitbestimmen?“

Anhand der Vielfalt der Themen war es ein sehr spannendes und interessantes Seminar auch dank der Durchführung unserer Referenten, stellvertretend unseren herzlichen Dank an unseren Rolf!



Dank ist auch dem Objekt in Cambs – dem Alago Hotel Am See – auszusprechen: Durch ihren freundlichen Service und die gute Versorgung konnte das Seminar hervorragend durchgeführt werden. Danke, wir kommen gerne wieder. „Apropos wir kommen wieder“ – unser nächstes Tarifseminar findet statt, und zwar vom 28. 9. bis 1. 10. 2015!

Rosemarie Hartmann-Woisin



14 700 Euro beim 20. Benefizkonzert des Polizeipräsidiums Neubrandenburg für gemeinnützige Vereine gespendet

Das nunmehr zum 20. Mal veranstaltete Benefizkonzert des Polizeipräsidiums Neubrandenburg am Samstag, dem 25. 4. 2015, fand erneut in einer nahezu ausverkauften Konzertkirche in Neubrandenburg statt.

Erstmals unter der Leitung des Dirigenten David Marlow beeindruckte die Neubrandenburger Philharmonie abermals ihr Publikum mit klassischen Stücken aus bekannten Opern wie „Die Macht des Schicksals“ oder „La Traviata“ von Giuseppe Verdi, „Der Barbier von Sevilla“ von Gioacchino Rossini und „Le Villi“ von Giacomo Puccini.

Unter den Ehrengästen befanden sich unter anderem die stellvertretende Landtagspräsidentin Frau Beate Schlupp, der Minister für Inneres und Sport M-V, Herr Lorenz Caffier, der neue Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg, Herr Silvio Witt, und der Landtagsabgeordnete und Mitbegründer des Benefizkonzertes, Herr Manfred Dachner.

„Seit nunmehr 20 Jahren findet alljährlich in Neubrandenburg in Zusammenarbeit zwischen dem Polizeipräsidium Neubrandenburg, der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Neubrandenburg, und der Neubrandenburger Philharmonie ein beeindruckendes musikalisches Highlight statt. Zugleich konnten in diesen zwei Jahrzehnten unzählige gemeinnützige Vereine und Hilfsorganisationen begünstigt werden. Das erfüllt mich mit großer Freude. Seit Gründung des Polizeipräsidiums im Jahr 2011 erzielten allein die letzten vier Benefizkonzerte mehr als 60 000 Euro – eine aus meiner Sicht achtenswerte Summe. Und umso mehr freut es mich, dass ich am heutigen Abend diese Summe noch einmal um 14 700 Euro erhöhen kann“, so der neue Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Neubrandenburg, Wilfried Kapischke.

In diesem Jahr fiel die Wahl des hauptbegünstigten Vereins auf eine Einrichtung, die sich seit nunmehr 25 Jahren um behinderte Menschen, insbesondere um Kinder in allen Altersbereichen bemüht – die „LEBENSILFHE NEUBRANDENBURG e. V.“. Ihr erklärtes Hauptziel ist es,



die getrennten Lern- und Lebenswelten aufzuheben und den Kindern eine chancengleiche Teilhabe an den gesellschaftlichen Abläufen zu ermöglichen. Sichtlich erfreut nahm der Geschäftsführer des Lebenshilfe e. V. NB, Herr Heß-Peters, den Spendenscheck in Höhe von 5000 Euro entgegen.

„Darüber hinaus erhalten weitere zehn Vereine in den nächsten Wochen finanzielle Zuwendungen im drei- und vierstelligen Bereich“, so Polizeipräsident Kapischke weiter, „das wäre ohne die Unterstützung unserer treuen Sponsoren und der Spendenbereitschaft unserer langjährigen Stammgäste in einem derartigen Umfang nicht möglich, mein herzlichstes Dankeschön dafür.“

Für das nächste, das 21. Benefizkonzert am 23. 4. 2016 können schon jetzt Karten im Polizeipräsidium Neubrandenburg unter der 03 95/ 55 82 22 10 bestellt werden.

Quelle: PP Neubrandenburg

SOCIAL MEDIA

GdP M-V auf Facebook



Klickt Euch „rein“, werdet Freunde. Und nicht vergessen, wenn's Euch gefällt: Klickt auf den „gefällt mir“-Button. www.facebook.com/gdp.mv



KREISGRUPPE LBPA/LPBK M-V

DER LANDESVORSTAND

Gratulation an unsere „runden“ Geburtstagskinder

Landesvorsitzender beglückwünscht Wilfried Kapischke

Die Kreisgruppe der Gewerkschaft der Polizei im LBPA M-V/LPBK gratuliert ihren Mitgliedern, die im zweiten Quartal 2015 ihren Geburtstag feiern können, insbesondere denjenigen, die eine „Null“ oder „Fünf“ zu feiern haben. Wir wünschen unseren Jubilaren zu ihrem Ehrentag beste Gesundheit sowie für die Zukunft viel Erfolg im Beruf sowie im Privaten.



Der GdP-Landesvorsitzende Christian Schumacher gratulierte Wilfried Kapischke stellvertretend für die Mitglieder des Landesverbandes der Gewerkschaft der Polizei ganz herzlich zu der offiziellen Übertragung des Dienstpostens des Polizeipräsidenten des Präsidiums Neubrandenburg. Für Ihre neue Aufgabe wünschen wir Ihnen viel Erfolg, Energie, Ausdauer und immer eine glückliche Hand.



Susanne Ruzewski am 4. April, Stefanie Bohn am 13. April, Anna Reimann am 22. April, Matthias Jentsch am 27. April, Jonas Nossenheim, 28. April, Oliver Schwidder am 29. April, Gerd Rieckhoff am 1. Mai, Gerald Raschke am 2. Mai, Friedrich Henze am 12. Mai, Thomas Schwarz am 13. Mai, Marco Lewerenz am 15. Mai, Juliane Ahrens am 16. Mai, Sabine Krause am 3. Juni, Natascha Pagel am 4. Juni, Martin Butenhoff am 17. Juni, Udo Ullrich am 18. Juni, David Ueberle am 20. Juni, Timo Gimm am 21. Juni, Jan Birkner am 25. Juni.

Einen ganz besonders herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle an Mario Schröter aus dem LPBK M-V für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft der Polizei.

HINWEIS

Änderungsmitteilung

Solltet Ihr umgezogen sein – oder Eure Bankverbindung hat sich geändert bzw. Ihr habt eine neue Amtsbezeichnung erhalten, so meldet dies bitte der GdP-Landesgeschäftsstelle.

Gewerkschaft der Polizei (GdP)
Landesbezirk M-V
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin
oder:
– per Fax an: 03 85/20 84 18-11
– per E-Mail: GdPMV@gdp-online.de

Eure GdP-Landesgeschäftsstelle

POLIZEI Gewerkschaft der Polizei
DEIN PARTNER

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Mecklenburg-Vorpommern haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Mecklenburg-Vorpommern zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
 Anzeigenverwaltung
 Forststraße 3a, 40721 Hilden
 Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
 Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de



„Ja“

„Ja, ich möchte den Mitgliederbereich des GdP-Webportals nutzen!“

„Die Freischaltung“

Landesbezirk/Bezirk:

Mecklenburg-Vorpommern

Mitglieds-Nr.:

Name:

Straße, Nr.:

PLZ:

Ort:

Telefon:

E-Mail:

Ort/Datum:

Unterschrift:

Organisations- und Service-
Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei

– EDV-Abteilung –

Forststr. 3a

40721 Hilden

Datenschutz-Einwilligungserklärung für GdP-Internetauftritte

1. Vorbemerkung

Für die Gewerkschaft der Polizei (GdP) besteht im Internet unter der Internet-Adresse www.gdp.de eine eigene Homepage. Im Interesse der Darstellung der Ziele und Zwecke der GdP und einer damit verbundenen Öffentlichkeitsarbeit, um neue Mitglieder zu gewinnen, Mitglieder zu informieren und ihnen die Kommunikation mit der GdP und deren Mitgliedern über das Internet zu ermöglichen, werden nachfolgend aufgeführte, geschützte, personenbezogene Daten und Informationen im Einvernehmen mit dem Einwilligenden (Unterzeichner) eingestellt.

2. Allgemeine Bemerkungen

Wir möchten Sie darüber informieren, dass die im Zusammenhang mit Ihrer GdP-Mitgliedschaft erfassten Daten auch zur Überprüfung des Fortbestandes der Mitgliedschaft genutzt werden, sowie zur Prüfung von Zugangsvoraussetzungen für die geschlossenen Nutzerbereiche der Mitglieder. Die von Ihnen abgegebene Einwilligungserklärung erstreckt sich auch auf die Tatsache Ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit.

Die Daten werden über den Sachbearbeiter des für Sie zuständigen Bezirks/Landesbezirks zentral gespeichert. Die angegebenen Telefon-Nummern dienen ggf. auch dazu, Mobile Dienste anzubieten (z. B. SMS-Info-Dienste). Die angegebene E-Mail-Adresse wird ebenfalls für Informationsdienste genutzt (z. B. für den Newsletter-Versand). Die gespeicherten Daten werden zudem für Meinungsumfragen und für Informationsschreiben genutzt (per Post und per E-Mail/Internet).

Ihre Daten sind für andere Mitglieder nicht generell einsehbar. Bei der Teilnahme an Diskussionsforen werden für andere Mitglieder die von Ihnen erhobenen Daten ersichtlich, soweit dies zu Ihrer Identifikation erforderlich ist (Name, Mitglieds-Nr.). Die über Sie gespeicherten Daten können von Ihnen jederzeit unter Ihrem persönlichen Profil eingesehen werden. Informationen, die im Zusammenhang mit Ihrer GdP-Mitgliedschaft stehen und der Verwaltung der Mitgliedschaft dienen, werden an diesem Ort nicht angezeigt. Die für Sie sichtbaren Daten können durch Sie jederzeit geändert werden.

Folgende Felder können zwecks Änderungsanzeige von Ihnen ergänzt und uns übergeben werden: Anrede, Name, Wohnort, Zeitungsbezug, Bankleitzahl/Konto-Nr., Telefon dienstl./privat, Telefon mobil, SMS ja/nein, Fax dienstl./privat, E-Mail dienstl./privat, Newsletter ja/nein.

Informiert werden Sie über die Feldinhalte: Kreis-/Bezirksgruppen-Nr., Geburtsdatum, Status, Sparte, Mitgliedermerkmal 1, 2 und 3. Sollten Sie hier fehlerhafte Einträge feststellen, teilen Sie uns dies bitte im Feld Bemerkung mit.

3. Bemerkungen zur Einwilligungserklärung.

Die Einwilligungserklärung gilt – bis auf Widerruf – auch für jene Daten, die im Rahmen der Mitteilung von Änderungswünschen gespeichert wurden.

Ausreichende Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes wurden getroffen. Dennoch kann bei der Veröffentlichung/Nutzung von personenbezogenen Daten im Internet ein umfassender Datenschutz nicht garantiert werden. Die/der Unterzeichner/in ist über die Risiken einer eventuellen Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte hiermit informiert.

4. Einwilligungserklärung für personenbezogene Daten im Internet.

In Kenntnis der vorgenannten Informationen erklärt der/die Unterzeichner/in seine/ihre Einwilligung zur Veröffentlichung bzw. Nutzung der genannten Daten im Internet. Die Einwilligung kann jederzeit gegenüber dem Vertretungsberechtigten Vorstand der GdP bzw. der Geschäftsführung der beauftragten Organisations- und Servicegesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH (OSG), schriftlich, ohne Angabe von Gründen, widerrufen werden.

Der/die Unterzeichner/in wird, soweit erforderlich, über das Internet den für die Mitgliederverwaltung zuständigen Vorstand bzw. den benannten Ansprechpartner über personenbezogene Änderungen im Hinblick auf die Aktualität des Internetauftritts informieren.

Ich erkläre hiermit meine Zustimmung zur Veröffentlichung genannter Daten, dies in Kenntnis über den jederzeit möglichen Widerruf der Zustimmung zur Berücksichtigung der Daten auf der Internetseite der GdP zu den unter 1. genannten Zwecken.

Nach Eingang und Bearbeitung Ihres Original-Antrages (kein Fax oder E-Mail) übersenden wir Ihnen per Post Ihren Benutzernamen und Ihr Passwort.

Sie können dann sofort den GdP-Mitgliederbereich nutzen.

